

---

Christa Böhme und Thomas Franke  
Bundestransferstelle Soziale Stadt  
Deutsches Institut für Urbanistik

## **Ergebnisse der dritten bundesweiten Umfrage zur Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“**

Nach nunmehr siebenjähriger Laufzeit sind mit dem Programm „Soziale Stadt“ weit reichende Erfolge bei der Verbesserung der Lebensbedingungen in benachteiligten Stadtteilen erzielt worden. In vielen Quartieren konnte die Abwärtsspirale aus sich gegenseitig verstärkenden städtebaulichen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und Umweltproblemen zumindest aufgehalten werden. Gleichwohl werden für viele Bereiche der Sozialen Stadt noch Verbesserungsmöglichkeiten konstatiert. Dies zeigen auch die Ergebnisse der vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) durchgeführten dritten bundesweiten Befragung zur Programmumsetzung. Danach zeigt sich für den Befragungszeitraum 2005/2006, dass – wie schon zu Programmbeginn – städtebauliche Defizite im Wohnumfeld, große Modernisierungs-/Instandsetzungsbedarfe sowie soziale Probleme (in erster Linie Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebedürftigkeit) die wesentlichen Gründe für die Programmteilnahme der Quartiere sind. Vor allem in den westlichen Bundesländern kommen noch Herausforderungen hinzu, die mit der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zusammenhängen. Entsprechend gewinnen soziale Entwicklungsziele zur Verbesserung der Lebensverhältnisse gegenüber baulich-räumlichen Zielen der traditionellen Stadterneuerung an Bedeutung. So wird auf die Stärkung der Eigeninitiative der Quartiersbewohner/innen heute sehr viel mehr Wert gelegt als noch zu Programmbeginn; ähnliches gilt für die Einbeziehung von Schulen in die Stadtteilentwicklung.

Insgesamt hat der integrative Ansatz des Programms weiter Fuß gefasst, und Integrierte Entwicklungskonzepte konnten sich als zentrales Steuerungs- und Koordinierungsinstrument stärker etablieren; sie erfahren in den Kommunen heute eine größere Wertschätzung als noch vor wenigen Jahren. Bei ihrer Gestaltung besteht allerdings in einigen Ländern noch Nachholbedarf: Die meisten Konzepte enthalten zwar Problem- und Potenzialanalyse sowie Aussagen zu Handlungsfeldern, Maßnahmen, Projekten und Entwicklungszielen. Auch werden Konzepte zu Organisation, Management, Aktivierung und Beteiligung aufgeführt sowie Kosten- und Finanzierungspläne vorgestellt. Oftmals fehlen jedoch Vorschläge zur begleitenden Evaluierung, zur Konzeptfortschreibung und zur Integration des gebietsbezogenen Entwicklungskonzeptes in gesamtsstädtische Strategien. Auch Überlegungen zur Verstärkung und zum Programmausstieg kommen weniger häufig vor.

Die Beteiligung aller für die Programmumsetzung relevanten Ämter an der Erarbeitung des Integrierten Entwicklungskonzeptes gelingt noch nicht in allen am Programm teilnehmenden Kommunen – dies gilt vor allem für die Bereiche Wirtschaft und Finanzen –, wobei sich jedoch insgesamt positive Entwicklungen feststellen lassen. Erhebliche Fortschritte können bei der Einbindung verwaltungsexterner Akteure beobachtet werden, allerdings engagieren sich Gewerbetreibende und die Arbeitsverwaltung in vielen Gebieten noch zu wenig.

---

Inhaltlich sind die drei Handlungsfelder Wohnumfeld und öffentlicher Raum, Soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur sowie Image und Öffentlichkeitsarbeit am häufigsten in integrierten Handlungskonzepten vertreten. Seltener kommen dagegen die Bereiche Monitoring, Prozess- und Ergebnisevaluation sowie Gesundheitsversorgung und -förderung vor. Dieses Bild spiegelt sich in etwa auch in der Projekt- und Maßnahmenlandschaft wieder: Hier dominieren – wie auch schon zu Beginn der Programmumsetzung – ebenfalls die Schwerpunkte Wohnumfeld und öffentlicher Raum, Soziale Aktivitäten/Soziale Infrastruktur sowie Image und Öffentlichkeitsarbeit. Einen deutlichen Bedeutungszuwachs haben darüber hinaus die Themen Bildung im Stadtteil, Integration von Migrantinnen und Migranten, Lokale Ökonomie und auch Monitoring im Zuge der Programmumsetzung erfahren.

Im Zusammenhang mit der Programmfinanzierung wird aus der Mehrheit der Gebiete der Wunsch geäußert, Mittel der Sozialen Stadt (in stärkerem Maße) auch für nicht-investive Maßnahmen einsetzen zu können. So verwundert es nicht, dass bei der Mittelbündelung das ESF-finanzierte, nicht-investive Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)“ eine herausragende Rolle spielt. Im investiven Bereich werden vor allem städtebauliche Programme von Bund und Ländern im Sinne einer Bündelung herangezogen. Trotz aller Bündelungserfolge besteht in einem Großteil der Programmgebiete der Wunsch an die Länder, Förderprogramme besser aufeinander abzustimmen, über Fördermöglichkeiten stärker zu informieren sowie die Mittelbündelung bereits durch eine bessere Koordination der Landesressorts zu erleichtern.

Im Hinblick auf Management und Organisation auf Stadtverwaltungsebene haben die Aufgabenbereiche Öffentlichkeitsarbeit, Berichtswesen und Ämterkoordination an Aufmerksamkeit gewonnen. Unter anderem scheint das Ziel, neben planerisch-städtebaulichen Verwaltungsressorts vor allem die Bereiche Soziales, Kinder- und Jugendhilfe stark in die Programmumsetzung einzubeziehen, für die meisten Gebiete erreicht worden zu sein. Auf der Quartiersebene hat die Einrichtung von Vor-Ort-Büros gegenüber 2002 deutlich zugenommen – es gibt heute kaum noch Gebiete ohne ein Vor-Ort-Büro. Hier ist allerdings noch Nachholbedarf bei der personellen Ausstattung festzustellen: Viele Verträge sind auf eine Laufzeit von nur einem Jahr beschränkt, und auch eine stärkere Berücksichtigung von Fachkräften mit Migrationshintergrund wäre wünschenswert.

In den Programmgebieten der Sozialen Stadt werden vielfältige Methoden und Techniken zur Aktivierung der Quartiersbevölkerung eingesetzt – allen voran Stadtteilster und Beratungsangebote, vielerorts auch spezielle Beteiligungsangebote für Migranten und Migrantinnen. Sehr oft spielen außerdem Verfügungsfonds als besonderes Instrument zur Aktivierung und Beteiligung eine bedeutende Rolle. Eine Herausforderung bleibt dennoch die Ansprache und Beteiligung nur schwer erreichbarer Bevölkerungsgruppen (Aussiedler/innen, Arbeitslose, Angehörige fremder Ethnien, Alleinerziehende) sowie von Geschäftsleuten.

Insgesamt wird die Umsetzung des Programms Soziale Stadt als sehr erfolgreich eingeschätzt. Noch bestehende Schwachstellen in einzelnen Handlungsfeldern bieten Ansatzpunkte für Verbesserungsmöglichkeiten. Positive Veränderungen lassen sich vor allem in den Bereichen Wohnumfeld, soziokulturelle Infrastruktur, Wohn(ungs)qualität und Quartierszentren feststellen. Im nicht-materiellen Bereich gilt dies vor allem für das Zusammenleben im Gebiet. Auch beim Ausbau von Beteiligungsmöglichkeiten und der Stärkung der Eigeninitiative von Bewohner/innen werden Erfolge gesehen. Entwicklungen im Bereich Lokale Ökonomie bleiben dagegen vielerorts hinter den Erwartungen zurück.

---

Bei der Kooperation von Verwaltungs- und Quartiersebene wurden ebenso Verbesserungen erzielt wie beim Aufbau von Netzwerken im Quartier, verbunden mit Aktivierung und Beteiligung. Allerdings wird durchgehend eine nur mangelhafte Kooperation mit den (lokalen) Wirtschaftsakteuren beklagt.

Inhaltlich werden in jüngster Zeit vor allem in den Bereichen Bildung im Stadtteil sowie Integration von Migrantinnen und Migranten Programmserfolge konstatiert. Dazu gehören unter anderen Verbesserungen hinsichtlich der Kooperationsbereitschaft von Schule(n), Fortschritte bei der Sprachförderung und der Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen. Die Umsetzung von Maßnahmen und Projekten im Handlungsfeld Lokale Ökonomie bleiben dagegen nach wie vor hinter den Erwartungen zurück.

Konzepte für eine Verstärkung des Programmansatzes werden zwar in einigen Ländern intensiv erarbeitet und auch bereits umgesetzt. Für das Gros der Gebiete ist dies allerdings noch nicht der Fall. Ähnliches gilt für die Einrichtung eines Stadtentwicklungsmonitorings und Ansätze einer Prozessevaluierung. Auch externe Evaluierungen werden eher zurückhaltend umgesetzt.

Insgesamt deuten die Befragungsergebnisse darauf hin, dass die erzielten Erfolge Raum schaffen, um sich nun stärker auf Bestandteile der Programmumsetzung konzentrieren zu können, die sich als besonders wichtig herauskristallisiert haben oder bislang noch nicht ausreichend weiter entwickelt wurden. Zu ersteren gehören sicherlich die Stärkung der Lokalen Ökonomie samt einer besseren Einbindung von Wirtschaftsakteuren, die weitere Integration von Migrantinnen und Migranten sowie der gesamte Bereich (Aus-)Bildung und Schule. Weiterentwicklungen und Intensivierungen erscheinen vor allem bei den integrierten Entwicklungskonzepten, dem Aufbau von Monitoringsystemen, Evaluierungen sowie der nachhaltigen Absicherung der in den Quartieren erreichten Verbesserungen sinnvoll.

Diese Notwendigkeiten wurden auch von den Programmgebern erkannt und aufgegriffen. So sind die Bundesmittel für das Programm Soziale Stadt im Jahr 2006 um 40 Mio. Euro aufgestockt worden, aus denen Modellvorhaben gefördert werden können, die insbesondere die Koordinierung von Maßnahmen in den Bereichen Lokale Ökonomie und Beschäftigungspolitik, Jugend- und Bildungspolitik sowie Integration zum Ziel haben. Im Jahr 2007 stehen 35 Millionen Euro Bundesmittel für diese Vorhaben zur Verfügung. Darüber hinaus ermöglicht das Ende 2006 von den Bundesministerien für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie für Arbeit und Soziales gemeinsam aufgelegte Programm „Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort“ eine explizit auf Gebiete der Sozialen Stadt – also sozialraumbezogene – Förderung der Integration von Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen (mit Migrationshintergrund) in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie der Lokalen Ökonomie inklusive ethnischer Unternehmen.

Der Ergebnisbericht zur dritten bundesweiten Umfrage in den Programmgebieten der Sozialen Stadt steht unter <http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/DF10750.pdf> zum kostenlosen download zur Verfügung. Gleiches gilt auch für eine Vielzahl anderer Publikationen rund um die Soziale Stadt sowie Basisinformationen zum Programm, die von der Bundestransferstelle unter [www.sozialestadt.de](http://www.sozialestadt.de) bereitgestellt werden.